



Macht Chancen gleich !

Fachtagung im
**Europäischen Jahr
der Chancengleichheit
für alle**

Dokumentation der landesweiten Auftaktveranstaltung und
ausgewählter Veranstaltungen der 17. Brandenburgischen Frauenwoche

Potsdam - März 2007

Macht Chancen gleich



Fachtagung im
**Europäischen Jahr
der Chancengleichheit
für alle**

Dokumentation der landesweiten Auftaktveranstaltung und
ausgewählter Veranstaltungen der 17. Brandenburgischen Frauenwoche

Potsdam - März 2007



Musikalischer Auftakt „Die Nymphen“

- Seite 4-8 Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle
- Herausforderungen und Perspektiven für die
Mädchen- und Frauenpolitik im Land Brandenburg
Ministerin und Landesgleich-
stellungsbeauftragte Dagmar Ziegler
- Seite 9-13 Wie können Mädchen und Frauen im Land
Brandenburg vom Jahr der Chancengleichheit profitieren?
– Ein Blick aus europäischer Sicht
Elisabeth Schroedter,
Mitglied des Europäischen Parlaments
- Seite 14-18 Mädchen- und Frauenpolitik
– Realitäten, Ansprüche und Veränderungsmöglichkeiten
Brunhilde Raiser,
Vorsitzende des Deutschen Frauenrates
- Seite 19-23 Ergebnisse der Auftaktveranstaltung
„World Café“ – Miteinander im Gespräch
- Seite 24-30 Presse-Echo
Ausgewählte Beiträge
weiterer Veranstaltungen im Rahmen der
17. Brandenburgischen Frauenwoche
- Seite 31 Resümee
„Macht Chancen gleich!“
- Seite 32 Dank
Impressum

Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle - Herausforderungen und Perspektiven für die Mädchen- und Frauenpolitik im Land Brandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Frauen, verehrte Gäste,

wieder eine Frauenwoche – bereits die 17. in Brandenburg. Und wieder landesweit eine Fülle interessanter Veranstaltungen, Foren, Diskussionsrunden, in denen Frauen und Mädchen das Thema sind. Gut so, sage ich. Wir sind so vermessen, uns und unsere Anliegen regelmäßig Anfang März ins Zentrum gesellschaftlicher Aufmerksamkeit zu rücken. Gut so – denn bei allen Fortschritten gibt es genügend Gründe, hartnäckig am Ball zu bleiben. Das bekräftigen wir heute erneut mit diesem Auftakt. Ich danke dem Frauenpolitischen Rat herzlich für die Einladung. Gern überbringe ich Ihnen die besten Wünsche der Landesregierung für eine erfolgreiche Woche. Wir freuen uns sehr über Ihre Aktivitäten, die ganz sicher auch die 17. wieder zu einem Erfolg werden lassen; und unterstützen Sie ja auch nach Kräften.

Macht Chancen gleich! – ich finde, dies ist ein treffendes Motto im umfangreichen Veranstaltungskalender des *Europäischen Jahres für Chancengleichheit*. Dieses Jahr soll europaweit bis ins kleinste Dorf hinein die Botschaft tragen: Ein Leben ohne Diskriminierung ist allererstes Menschenrecht; und die pluralistische, vielfältige und tolerante Gesellschaft ist die Basis, auf der solches Leben am besten gedeiht. Diese Botschaft wollen auch die Akteurinnen und Akteure unserer Frauenwoche - der Beirat, die Gleichstellungsbeauftragten, die Vielen *vor Ort* - in vielen Veranstaltungen zu frauen- und gleichstellungspolitischen Themen überbringen.

Macht Chancen gleich! – dies ist die Aufforderung an alle, Chancengleichheit auch tatsächlich im Alltag zu leben. Es wäre wahrlich ein großer Schritt für die Menschheit, wenn all das realisiert würde, was zu dieser Thematik gesetzlich verbrieft ist. Auch hierzulande klafft die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit weiter. So lange z.B. die tradierte Männerkultur weibliche Karrieren bremst, gibt es keine gleichen Chancen.



Dagmar Ziegler, Ministerin und Landesgleichstellungsbeauftragte

Obwohl man fairerweise auch sagen muss, dass die Rahmenbedingungen z.B. für Elternschaft und Berufstätigkeit häufig für Frauen und Männer gleichermaßen schlecht sind. *Macht Chancen gleich!* - dieser Anspruch muss also auch immer die Männer einbeziehen, wenn wir *frauenpolitisch* weiter kommen wollen.

Chancengleichheit und Menschenwürde gehören zusammen und ein Leben ohne Diskriminierung zählt zu den Grundwerten Europas. Die Menschen verfolgen hellhörig und aufmerksam, was da geschieht und fordern entschlossenes Handeln gegen alle Arten von Diskriminierung. Wir sind in der Pflicht zu handeln. Auch ich will, dass in Brandenburg alle Menschen die gleichen Chancen haben und die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU im Alltag praktisch greifen. Dabei ist der rechtliche Schutz vor Diskriminierung nur die eine Seite der Medaille; die andere ebenso wichtige ist, eine facettenreiche Vielfalt zu ermöglichen und zu akzeptieren.

Rede der Ministerin und Landesgleichstellungsbeauftragten Dagmar Ziegler

Dieses EU-Jahr ist dafür eine große Chance. Wir sollten es gut nutzen, um nachhaltiger mehr Chancengleichheit ins Land zu tragen. Ende Oktober (25./26. Oktober) findet hier in Potsdam im Rahmen des EU-Jahres eine von vier bundesweiten Regionalkonferenzen statt. Sie beschäftigt sich mit den Themen *Bildung, Ausbildung und Zugang zu Arbeit* unter besonderer Berücksichtigung der ostdeutschen Situation und soll dazu beitragen, spezifische Lösungen und Handlungsansätze zu entwickeln. Brandenburg wird hier für die ostdeutschen Bundesländer ein Zeichen setzen.

Welchen Herausforderungen müssen wir uns in der Mädchen- und Frauenarbeit stellen? Was sind die Perspektiven? Ich will sie mal in fünf Schwerpunkten zusammenfassen:

- die Chancengleichheit im Erwerbsleben und auf dem Arbeitsmarkt;
- die gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungsprozessen;
- eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik;
- die Chancengleichheit für zugewanderte und Flüchtlingsfrauen;
- die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Ich freue mich, dass der Frauenpolitische Rat dies auch so sieht und diese Schwerpunkte thematisch in der Frauenwoche verankert hat. Wir ziehen also auch hier an einem Strang.

Im Zugehen auf diese Herausforderungen fangen wir nicht bei Null an. Im Gegenteil: Entgegen mancher Unkenrufe ist es uns gelungen, Organisationen und Verbände der Frauen- und Mädchenarbeit weiter zu fördern. So wurden im Vorjahr z.B. knapp 300.000 € für die Verbandsarbeit eingesetzt; mit ca. 108.000 € wurden Präventionsprojekte gegen Gewalt an Frauen gefördert; lesbisch-schwule Interessenvertretungen erhielten ca. 70.000 €. Auch 2007 stehen entsprechende Fördermittel zur Verfügung. Und auch in der Arbeitsmarktpolitik gibt es etliche Programme speziell für Frauen und Familien, die weiterentwickelt oder fortgesetzt werden.

Zum ersten Schwerpunkt - Chancengleichheit im Erwerbsleben und auf dem Arbeitsmarkt.

Wir kennen unsere demografischen Perspektiven - das Land wird älter, Nachwuchs wird knapper. Die Abwanderung junger Leute, vor allem auch junger Frauen, verschärft die Situation noch. Schon deshalb müssen wir um jede gut ausgebildete Frau ringen. Wir brauchen sie als Fachkraft, und wir brauchen sie als Mutter - so einfach und so schwer ist das. Obwohl viele junge Frauen bereits heute besser qualifiziert sind als junge Männer, schlägt sich das kaum in ihrer Beschäftigungssituation nieder. Wollen wir diese Potenziale stärker nutzen und damit mehr für die nachhaltige Entwicklung unseres Landes tun, müssen die Beschäftigungsbedingungen für junge Frauen verbessert werden. Dazu gehören die Sicherung von Ausbildung und Berufseinstieg, ihre gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben, die bessere Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit.

Und da müssen wir vor allem auch an die Männer, an die Väter ran! Mehr als bisher brauchen sie, ich sagte es eingangs schon, die Chance, ihre Familienpflichten auch tatsächlich wahrnehmen zu können. Was u.a. natürlich auch voraussetzt, ihre Arbeitgeber hierfür zu gewinnen. Das ist eine der Hürden, die zu nehmen sind und die ganz wichtig für die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am Erwerbsleben sind. Wir müssen viel deutlicher traditionelle Arbeitsteilung und starre Rollenfestlegungen in Frage stellen, aufbrechen. Väter und Arbeitgeber werden dabei sein, wenn wir überzeugende Lösungen finden. Wir müssen und wollen uns mehr der jungen Mütter annehmen. Sie haben es besonders schwer, z.B. nach Schwangerschaft oder Kinderpause wieder in den Beruf zu kommen. Oft wird ihre berufliche Qualifikation durch die Unterbrechung entwertet; sie müssen oftmals Lohnbußen hinnehmen; weite Entfernungen zwischen Arbeitsplatz und Kindergarten belasten den Familienalltag. Deshalb wird das MASGF alle verfügbaren Möglichkeiten nutzen, um die Rahmenbedingungen für Mütter und Väter - junge Familien - zu verbessern; dazu gehört auch, die Wirtschaft zu gewinnen und u.a. für ein fami-

Rede der Ministerin und Landesgleichstellungsbeauftragten- Dagmar Ziegler

liengerechteres Arbeitszeitregime zu werben.

Ein anderes drängendes Problem beschäftigt auch Sie täglich in Ihrer Arbeit in den Kommunen – die Einkommensgerechtigkeit. Zweifelsohne ist es im Kontext der vor uns stehenden Herausforderungen wichtig, Frauen ein Existenz sicheres Einkommen zu ermöglichen. Frauen arbeiten vielfach im Niedriglohnbereich; und der Grundsatz *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit* ist noch nicht verwirklicht. In Deutschland liegt der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern bei 22% - und damit um 7% höher als im Durchschnitt aller EU-Staaten. Mit diesem Platz auf dem drittletzten Rang dürfen wir uns nicht abfinden. Zumal die EU-Rechtsvorschriften zum gleichen Entgelt zwischen Mann und Frau eindeutig sind. Da sind weitere Initiativen der Tarifpartner und der Bundesregierung nötig – etwa zur Durchsetzung diskriminierungsfreier Systeme der Arbeitsbewertung.

Zum Schwerpunkt - Gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Wir wissen es: Frauen sind auf Führungsetagen und in Entscheidungsgremien immer noch Exoten. Es fällt Männern schwer, Einfluss und Macht zu teilen. Seien wir egoistisch und helfen ihnen also, die Schalthebel aus der Hand zu legen. Nur: Wir müssen es auch wollen! Wir müssen lernen, dass es sich lohnt, auch um Macht zu kämpfen! Ob nun in der Verwaltung oder in der Wirtschaft. Ja, kleinere Fortschritte gibt es auch bei uns – doch ist uns z.B. Norwegen weit voraus: Mit einem neuen *Quotengesetz* werden dort Unternehmen nur dann an der Börse neu zugelassen, wenn Frauen und Männer in der Konzernspitze mit mindestens je 40% vertreten sind; das ist mutig und nachahmenswert.

Zwar hat die öffentliche Verwaltung andere Möglichkeiten als die Wirtschaft, die Gremienbesetzung zu beeinflussen – doch der letzte Landesgleichstellungsbericht konstatiert erneut erhebliche Defizite. Nach einer Übersicht zu den Mitgliedschaften von Mitgliedern der Landesregierung und Beschäftigten der Landesverwaltung in

Vorständen, Verwaltungsräten, Aufsichtsräten u.a. lag der Frauenanteil bei lediglich 7,5%. Die Landesregierung initiierte zwar ein Verfahren, das mittelfristig eine paritätische Gremienbesetzung ermöglichen soll – doch das braucht leider seine Zeit!

Ich hoffe, mit einem unlängst eingeführten Steuerungselement haben wir schneller Erfolg: Mit der Novellierung der gemeinsamen Geschäftsordnung ist es Standard, dass jede Vorlage, jede Rechtsverordnung, die durchs Kabinett geht, hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zu überprüfen ist. Es muss klar sein, ob die Maßnahme die Geschlechtergerechtigkeit unterstützt oder ihr zuwiderläuft. Alle Regelungen müssen gleichstellungsfördernd ausgerichtet sein.

Nächste Woche (am 6. März) wird voraussichtlich die Kabinetttvorlage zur Umsetzung des Gender-Mainstreaming in der Landesverwaltung beschlossen. Nach zähem Ringen um die Zustimmung aller Ressorts verspricht dies endlich eine breitere Implementierung von Gender-Mainstreaming. Die konsequente Anwendung einer geschlechtergerechten Sprache in sämtlichen Berichten und Publikationen der Landesministerien versteht sich dabei eigentlich von selbst. Diese Maßnahmen werden - davon bin ich fest überzeugt - Frauen und Männer, Mädchen und Jungen in unserem Lande zugutekommen. Der Gender-Weg war lang und wird es weiterhin sein – doch erstmals haben wir uns gemeinsam auf verbindliche Schritte geeinigt. Darüber freue ich mich.

Wir wollen die Lebenssituation von Frauen und Mädchen in Brandenburg und die *Stolpersteine* für ihre Perspektiven noch genauer ermitteln. Deshalb habe ich eine entsprechende Studie in Auftrag gegeben. Ich verspreche mir viel von der statistisch-wissenschaftlichen Aufbereitung und hoffe, dass wir daraus handfeste Handlungsbedarfe ableiten können, die sich an den Bedürfnissen der Frauen und Mädchen orientieren. Die Ergebnisse werden Mitte des Jahres erwartet. Bitte lassen Sie uns darüber konstruktiv diskutie-

Rede der Ministerin und Landesgleichstellungsbeauftragten Dagmar Ziegler

ren, damit wir die Zukunft gemeinsam besser gestalten können.

Ein weiterer Schwerpunkt - Gleichstellungsorientierte Familienpolitik. Ich muss gestehen, meine Damen, dass ich etwas verwundert bin über das *Contra* in Ihrem Motto *Frauenpolitik contra Familienpolitik*. Ich sehe da keinen Gegensatz. Familienpolitik ist immer Politik für Frauen, Männer, Mädchen, Jungen. Von wesentlicher Bedeutung ist die Frage, wie sich die familienpolitischen Maßnahmen auf jedes einzelne Familienmitglied auswirken. Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen Beruf und häusliche Pflichten, Kindererziehung, Pflegeaufgaben vereinbaren können. Frauen sollen ihr Leben selbstbestimmt verwirklichen können. Familienpolitik muss daher so ausgerichtet sein, dass sie zur Überwindung von Geschlechterstereotypen und traditioneller Arbeitsteilung beiträgt. Ich meine, diese gleichstellungsorientierte Familienpolitik konterkariert doch nicht die Frauenpolitik! Das unterläuft doch nicht spezifische Maßnahmen der Frauenförderung zum Ausgleich bestehender Benachteiligungen! Dies bleibt uns weiterhin wichtig!

Aktuell streiten wir heftig über *die Familie* und *das Mutterbild*. Sogar in der CDU streitet man über Tradition, Gegenwart und Zukunft der Familie und befiehlt die eigene Bundesministerin. Ich sehe die konservative Kritik mit einiger Verwunderung. Gab es denn in der Bundesrepublik jemals die *heile Familie*, wie sie heute von konservativer Seite beschworen wird? Ist diese Idylle nicht eher ein Klischee – aus der Mottenkiste geholt, um die angebliche Auferstehung des *DDR-Krippensystems* zu verhindern? So ein Quatsch! Wer mehr Wahlfreiheit für Frauen und Familien will, der muss eben auch mehr Kinderbetreuung anbieten; und wo z.B. auf 100 Kleinkinder nur fünf Krippenplätze kommen, haben Frauen und Familien weniger Wahl zur Verwirklichung ihrer Lebenspläne. Ich finde es schon empörend, wenn selbst kirchliche Vertreter mit dem Begriff *Gebärmachine* die Lebenspläne von Familien verächtlich machen. Nein, so können

wir nicht über eine zukunftsfeste Familienpolitik diskutieren.

Für mich bedeuten Krippenplätze, dass mit ihnen Familien entlastet werden und mehr Entspannung in die Familien bringen. Für uns in Brandenburg ist das nicht neu, geht es doch eher darum, den Standard in der Zahl der Betreuungseinrichtungen zu halten und ihre Qualität zu verbessern, damit Müttern und Vätern der Rücken freier gehalten wird. *Heil* wird ihre Familienwelt dennoch nie sein. Alltagsorgen spornen den einen an und zwingen den anderen in die Knie Doch ich bin überzeugt: Wer die Wahl hätte, lieber in einer *idyllischen Familie* der 50er, 60er Jahre groß geworden zu sein oder heute – der würde das Heute wählen!

Zum Schwerpunkt - Chancengleichheit für zugewanderte und Flüchtlingsfrauen. Das EU-Jahr gemahnt uns auch daran, zu reflektieren, wie es um die Gerechtigkeit und Chancengleichheit von zugewanderten Frauen und Männern steht. Ihre Integration kann nur gelingen, wenn wir diesen Aspekten größere Aufmerksamkeit widmen. Viele Migranten haben mit ihrem patriarchalischen Rollenverständnis (Ernährer der Familie, Familienoberhaupt) erheblich größere Probleme als ihre Frauen. Sind die Männer arbeitslos, können sie diese Rolle nicht mehr erfüllen und verlieren soziale Anerkennung. Umgekehrt erleben ihre Frauen in unserer egalitären Gesellschaft deutlich größere Spielräume ihrer persönlichen Entwicklung. Das ermutigt sie; und sie finden eher Zugang z.B. zur Sprache – was wiederum die Konflikte innerhalb ihrer Familien verschärft.

Anders als in den westlichen Bundesländern kommt bei uns die größte Migrantengruppe aus Russland. Sie sind oft hoch qualifiziert; und auch die zugewanderten Frauen haben häufig Hoch- und Fachschulabschlüsse. Sie sind sehr um ihre Integration bemüht, wollen die Gesellschaft verantwortlich mitgestalten und ihre Chancen aktiv nutzen. In den Selbstorganisationen engagieren sich überwiegend Frauen. Leider können wir das

Rede der Ministerin und Landesgleichstellungsbeauftragten- Dagmar Ziegler

intellektuelle Potenzial dieser Frauen oft nur unzureichend nutzen, weil die Zugangsberechtigungen zum Arbeitsmarkt fehlen oder ihre Berufsabschlüsse nicht anerkannt sind. Deshalb werden Frauen – obwohl besser gebildet – häufig in niedrig qualifizierte Jobs oder in die Arbeitslosigkeit abgedrängt als die Männer. Sie sind faktisch doppelt benachteiligt - als Migrantin und als Frau.

Der Landesintegrationsbeirat hat - unter Federführung des MASGF - Empfehlungen zur Integration der Zuwanderer/Innen erarbeitet. Eine im Februar 2007 eingerichtete Arbeitsgruppe befasst sich z.B. mit spezifischen Förderungen für Familien, Frauen, Mädchen, Männer und Jungen mit Migrationshintergrund. Weitere Impulse für Migrantinnen erwarte ich mir auch aus dem Nationalen Integrationsplan des Bundes. Im Ergebnis des Integrationsgipfels vom Juli 2006 soll er zur Jahresmitte vorliegen. Mein Haus ist in der Arbeitsgruppe 4 *Verbesserung der Situation der Frauen und Mädchen* vertreten. Sobald dort Ergebnisse vorliegen, werde ich, als Vorsitzende der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz in diesem Jahr, diese aufgreifen und ihre Umsetzung in den Gremien unterstützen.

Und zum letzten Schwerpunkt - Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Hier kann ich an das eben Gesagte anknüpfen, denn die spezielle Hilfe für Migrantinnen spielt bei der Weiterentwicklung der Angebote für von Gewalt betroffene Frauen durch Frauenhäuser und Beratungsstellen eine wichtige Rolle; z.B. werden für sie fremdsprachige Informationsblätter erarbeitet. Und ich erinnere an den Landtagsbeschluss aus dem April 2006, für die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution angemessene Hilfeangebote bereitzustellen.

Auf diesem Gebiet wirkt unsere Fachberatungsstelle *Bella Donna* in Frankfurt (Oder) als wichtige Anlaufstelle für betroffene Frauen und für die AIDS-Prävention besonders aktiv. Dank der Landesförderung hat sie ihre Arbeit und die internationale Vernetzung deutlich professionalisiert. Die Mitarbeiterinnen kontaktieren, begleiten und un-

terstützen Prostituierte und Migrantinnen, die von Gewalt, Heiratshandel oder Menschenhandel betroffen sind. 70% der Prostituierten in Deutschland sind Migrantinnen. Kein Wunder, dass die Zahl der Zufluchts- und Beratungsfälle steigt. Der Träger hat mit dem Aufbau eines zweiten Standorts in Potsdam begonnen und will hier Hilfen und Kurse z.B. für den Ausstieg aus der Prostitution anbieten.

Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist auch eine wichtige Form der Familienunterstützung. Die Zahlen sprechen für sich: 2005 registrierten wir in Brandenburg mehr als 2.300 Straftaten mit häuslicher Gewalt; über 80% der Opfer waren Frauen. Die Landesregierung bekämpft diese Gewaltform energisch und fördert z.B. die Arbeit der Frauenhäuser weiter. Mit der Fortschreibung des Landesaktionsplans konnten dafür - trotz Haushaltskürzungen - 900.000 € eingesetzt werden. Diese Unterstützung bleibt uns auch künftig wichtig. Mit einem Curriculum, das im Rahmen des Landesaktionsplanes eingerichtet wurde, wollen wir den Hintergründen und Auswirkungen häuslicher Gewalt intensiver nachgehen und mit speziellen Seminaren zur Familienbildung und Familienbindung beitragen. Dies wird mit dem familienpolitischen Maßnahmenpakt gefördert.

Soweit einige Anregungen für unsere weitere Diskussion zum Thema *Macht Chancen gleich!*. Die vielfältigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ethnischen Aspekte der *Chancengleichheit* werden uns mehr denn je herausfordern. Ich weiß, dass Sie alle aktiv dabei sein werden und bitte Sie, dies auch weiterhin kritisch und konstruktiv zu tun. Ich freue mich auf die Diskussion. Herzlichen Dank!



Dagmar Ziegler
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Familie im Land Brandenburg

Wie können Mädchen und Frauen im Land Brandenburg vom Jahr der Chancengleichheit profitieren? - Ein Blick aus europäischer Sicht

Elisabeth Schroedter

In Brandenburg werden wir von Männern regiert, die ein Frauenbild haben, das mit den Vorstellungen der Frauen von ihrem Leben wenig zu tun hat. Dieses Frauenbild steht vor allem konträr zu den Erfahrungen, die die älteren Frauen gemacht haben: Sie haben Kinder aufgezogen und gleichzeitig im Beruf ihren *Mann* gestanden. Ich sage ganz bewusst *Mann gestanden*, denn die Arbeitswelt war auch in der DDR auf den Mann zugeschnitten. Und Frauen mussten dreimal besser sein, um zu beweisen, dass sie für wichtige Leitungstätigkeiten genauso geeignet waren. Das war in der Generation meiner Mutter noch eine unzumutbare Doppelbelastung. In meiner Generation entwickelte es sich langsam zu dem, was man geteilte Verantwortung für die Familienarbeit nennen könnte.

Und heute? Heute, zweifelt ein Herr Schönbohm noch immer daran, ob das Glück junger Mütter darin besteht, berufstätig zu sein. Ich kann ihm nur entgegnen: Ja, Herr Schönbohm, das Glück der jungen Frauen besteht darin. Und je stärker Sie das in Zweifel ziehen, desto mehr ergreifen die jungen Frauen die Flucht aus diesem Land und versuchen woanders ihr Glück, um eine Arbeit zu finden, die sie ausfüllt und befriedigt. Und auch den Vorwurf der Rabenmutter können wir, die wir Kinder großgezogen und gleichzeitig gearbeitet haben, nicht so stehen lassen.

Es erschüttert mich, dass solche Äußerungen noch immer keine Welle der Empörung auslösen. Dabei spiegeln sich heute die Auswirkungen einer derartig diskriminierenden Einstellung selbst in den Rentenstatistiken wider. So müssen Frauen in wesentlich höherem Maße als Männer davon ausgehen, dass ihnen im Alter eine erhebliche Versorgungslücke droht. Sie hat ihre Ursache in der den Frauen aufgedrückten traditionellen Mutterrolle. Und selbst wenn Frauen nach der Erziehungszeit ihre Arbeit wieder aufnehmen, werden sie durch unterbrochene Biographien für



Elisabeth Schroedter, Jahrgang 1959, ist ausgebildete Pädagogin und Umweltberaterin. Sie ist Abgeordnete des Europäischen Parlaments für Bündnis 90/Die Grünen und hat drei Söhne.

die gleiche Arbeit schlechter bezahlt als Männer, die ununterbrochene Karriereaufstiege genießen. Damit fällt die Rente der Frauen wiederum geringer aus als die der Männer. Das *Cadman-Urteil* des Europäischen Gerichtshofes hat uns dieses Problem wieder einmal deutlich vor Augen geführt. Übrigens ist eine solche Diskriminierung in Deutschland selbst im öffentlichen Dienst gängige Praxis! Kinder großziehen ist keine alleinige Frauensache, sondern die Sache und die Verantwortung der gesamten Gesellschaft. Wir müssen endlich Schluss machen mit Einstellungen, die an der Polarisierung der Geschlechter festhalten. In der aktuellen Diskussion um die Kinderbetreuungsplätze kann ich nur sagen: Einen Ganztagsbetreuungsplatz für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr und eine école maternelle, also eine kostenlose Vorschule ab drei Jahren, dieses Erfolgskonzept unserer französischen Nachbarn sollten wir übernehmen. Es ist nicht nur ein Konzept mit gleichberechtigten Entwicklungschancen für unsere Kinder, sondern es

Ein Blick aus europäischer Sicht

ist auch eine entscheidende Grundlage für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Ich habe diese Ausführungen vorweggeschickt, um angesichts der aktuellen Debatte zu verdeutlichen, dass die Aufhebung der Polarisierung der Geschlechter, die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen in der Gesellschaft, aber auch in Arbeit und Beschäftigung eine weitaus größere gesellschaftliche Aufgabe ist als das, worüber ich gebeten wurde, heute zu reden – nämlich über die europäische Antidiskriminierungspolitik. Antidiskriminierungspolitik ist Menschenrechtspolitik und schützt die Persönlichkeit eines Menschen. Antidiskriminierungspolitik kann jedoch Gender-Mainstreaming nicht ersetzen. Aber nun zur europäischen Antidiskriminierungspolitik, sie feiert in diesem Jahr ihr großes Aktionsjahr - das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle und ich bin gebeten worden, über diese Aktionen zu sprechen. Aber: Das Jahr der Chancengleichheit führt sowohl in Deutschland, als auch in Brandenburg ein politisches Schattendasein. Weder öffentliche Eröffnungsfeiern noch Pressemitteilungen von der Bundes- oder auch Landesregierung hat es dazu gegeben. Daher will ich hier keine Sonntagsrede halten, sondern wachrütteln. Denn wenn wir weiterhin solche Gelegenheiten nicht beim Schopfe packen, um für die Vielfalt in der Gesellschaft und gegen Diskriminierung von Frauen, aber auch von Homosexuellen, Menschen mit Behinderung oder MigrantInnen zu werben, dann kann es die Politik nicht wirklich ernst meinen mit der Chancengleichheit. Zunächst ganz knapp zur Grundlage der europäischen Antidiskriminierungspolitik: Der Artikel 13 des EG-Vertrages verbietet jede Diskriminierung auf Grund von Geschlecht, "Rasse" und ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Alter, Behinderung und der sexuellen Ausrichtung. Das ist hartes EU Recht, das sich

auf die Menschenrechte bezieht. Acht Jahre, nachdem dieser in Amsterdam modifizierte EG-Vertrag in Kraft trat, wurde der Artikel 13 durch vier sogenannte Richtlinien – also europäische Gesetze – in ein individuelles Recht auf Schutz vor Diskriminierung für die Betroffenen umgesetzt. 2007 sind die letzten Umsetzungsfristen für die nationalen Regierungen für diese Richtlinien abgelaufen. Diese sind: Die überarbeitete Richtlinie zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Ausbildung und Beruf. Sie passt die frühere Gleichstellungsrichtlinie von 1976 an die inzwischen erfolgte Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, den Amsterdamer Vertrag und die geplanten Antidiskriminierungsmaßnahmen an. In ihr finden sich z. B. europarechtliche Regelungen gegen sexuelle Belästigungen sowie eine Definition der indirekten Diskriminierung. Die neue Richtlinie bekräftigt, dass Frauen im Mutterschaftsurlaub geschützt werden müssen. Sie haben einen Anspruch darauf, danach an ihren früheren Arbeitsplatz oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren, und zwar unter Bedingungen, die für sie nicht weniger günstig sind. In der geänderten Fassung ist genau festgelegt, unter welchen Bedingungen eine Ungleichbehandlung wegen eines geschlechtsbezogenen Merkmals zulässig sein kann. Die Richtlinie stellt auch klar, dass positive Maßnahmen, die keine strikten Quoten vorschreiben, im Gemeinschaftsrecht zugelassen sind. Die zweite geschlechterspezifische Richtlinie ist die zur Gleichstellung von Frauen und Männern beim Zugang zu und der Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern. Sie ist vielen vielleicht unter dem hoffnungsvollen Namen *Unisexrichtlinie* bekannt, was sie leider jedoch nicht geworden ist. Trotzdem stellt sie einen Rahmen für die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Diskriminierungen bei Waren und Dienst-

*** Ich nehme mir vor, künftig noch deutlicher gegen Diskriminierungen und Rollenzuschreibungen im privaten und beruflichen Umfeld zu intervenieren.**

Ein Blick aus europäischer Sicht

leistungen dar. Frauen wurden bisher vor allem bei Versicherungen diskriminiert. Eine unterschiedliche Behandlung von Männern und Frauen ist jetzt nur noch in definierten Ausnahmefällen zulässig oder wenn sie durch ein legitimes Ziel gerechtfertigt ist, wie etwa die Vereinsfreiheit (z.B. Mitgliedschaft in privaten Clubs, die nur den Angehörigen eines Geschlechts zugänglich sind). Die älteste Richtlinie, die Antirassismusrichtlinie, untersagt Diskriminierungen aufgrund der Merkmale *Rasse* und ethnischer Herkunft für nahezu alle rechtlich relevanten Lebensbereiche. Sie gewährt Schutz gegen Diskriminierungen in Beschäftigung und Ausbildung, Bildung, Sozialschutz (einschließlich sozialer Sicherheit und Gesundheitsdienste), soziale Vergünstigungen, Mitgliedschaft und Mitwirkung in einer Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisation und Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, einschließlich von Wohnraum. Und die Richtlinie zur Gleichstellung in Beschäftigung und Beruf verbietet Diskriminierungen im beruflichen Bereich wegen der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. U.a. werden ArbeitgeberInnen aufgefordert, angemessene Vorkehrungen zu treffen, damit z.B.

eine Person mit einer Behinderung mit entsprechender Qualifikation für die betreffende Arbeit an der Ausbildung oder bezahlten Arbeit teilnehmen kann. Angemessene Vorkehrungen wären zum Beispiel die Gewährleistung eines rollstuhlgerechten Zugangs, die Angleichung der Arbeitsstunden, die Anpassung der Büroeinrichtung oder einfach die Umverteilung von Aufgaben zwischen den Mitgliedern eines Arbeitsteams. Alle Richtlinien sehen vor, dass jeder Mitgliedstaat eine oder mehrere Stellen bestimmt, die auf nationaler Ebene für die Förderung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern in den von der Richtlinie abgedeckten Bereichen zuständig sind. Aufgabe dieser Stellen soll es sein, aufgetretene Probleme zu analysieren, Empfehlungen auszusprechen und insbesondere Diskriminierungsopfern konkrete Hilfestellung zu leisten.

Die Richtlinien sehen in unterschiedlichen Ansätzen für Diskriminierungsopfer die Möglichkeit vor, ihre Ansprüche auf dem Gerichts- und/oder Verwaltungsweg geltend zu machen und eine angemessene Entschädigung zu erhalten. Die zu verhängenden Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Sofern



Ein Blick aus europäischer Sicht

der Kläger Tatsachen glaubhaft macht, die das Vorliegen einer Diskriminierung vermuten lassen, liegt die Beweislast beim Beklagten. Ziel des Europäischen Jahres der Chancengleichheit ist es, über diese, durch die Richtlinien eingeführten Rechte, alle, insbesondere die Betroffenen, also beispielsweise alle Frauen zu informieren, mit politischen Aktionen für Diskriminierungen im Alltag zu sensibilisieren und dazu zu ermutigen, gegen diskriminierende Einstellungen und Verhaltensweisen vorzugehen. Wie nötig dieses Jahr ist, zeigt eine Erhebung der Europäischen Kommission: Im Durchschnitt erklärt nur ein Drittel der EU-BürgerInnen, die eigenen Rechte im Falle von Diskriminierung oder Belästigung zu kennen (32%). Deutschland rangiert auf einem der letzten Plätze, da bei uns nur 27% ihre Rechte kennen. Diese Zahlen verwundern kaum. Wurde doch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, mit dem bei uns die vier europäischen Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden, noch nach seinem Inkrafttreten im Sommer 2006 von einer abwertenden populistischen Debatte begleitet. So verkündete jüngst der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer, Patrick Adenauer in den Tagesthemen, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz sei kontraproduktiv für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der Spiegel berichtete, dass dadurch die Pressefreiheit eingeschränkt werde. Selbst Frau Merkel versteht die Idee der Richtlinien nicht und bezeichnete im Dezember die europäischen Richtlinien als schwer verständlich und für unsere Rechtssetzung unpassend. Und dies, obwohl das Gesetz erstmalig Rechte garantiert, die moralisch als selbstverständlich scheinen und in anderen Ländern seit langem existieren. Nämlich, erstmalig die Möglichkeit zu haben, sich Alltagsdiskriminierungen nicht mehr einfach gefallen lassen zu müssen. Frau muss es nicht mehr hinnehmen, wenn sie aufgrund einer Schwangerschaft nicht befördert wird. Sie kann sich recht-

lich dagegen wehren und wird für das erlittene Unrecht entschädigt. Frau kann dagegen klagen, wenn in einer Stellenanzeige *ein junger Manager* gesucht wird. Defizite im Gesetz bestehen angesichts der europäischen Vorgaben jedoch noch bei der Unterstützungsmöglichkeit von Opfern durch Verbände, der Klagefrist beim Mietrecht und Kündigungsschutz sowie der institutionellen Umsetzung. Für das Verbot der Benachteiligung von Frauen stellt die Nichtumsetzung im Kündigungsrecht sogar eine Verschlechterung der Situation dar, obwohl dies die europäischen Richtlinien verbieten. Ich bin sicher, dass diese Mängel so von der EU nicht akzeptiert werden und die deutsche Bundesregierung das Gesetz nachbessern muss. Angesichts dieser politischen Atmosphäre ist es nicht verwunderlich, dass das Europäische Jahr der Chancengleichheit in Deutschland eher ein Schattendasein fristet. Die EU hat insgesamt 15 Millionen € für das Jahr zur Verfügung gestellt, von denen Deutschland 624.100 € aus der EU-Kasse erhielt. Geplant war, dass die Mitgliedstaaten damit Aktionen in ihrem Land durchführen und Projekte fördern, die sie selbst noch bezuschussen. Doch Deutschland stellt als eines der reichsten Länder der Europäischen Union keine nationale Co-Finanzierung für die Projekte bereit. Das ist im europäischen Kontext die Ausnahme. Damit hatten in Deutschland kleine Projekte und Projektträger keine Chance, von den EU-Mitteln zu profitieren. So enthält die deutsche Projektliste, die in Zusammenarbeit mit einem Beirat aus Dachverbänden (z.B. Deutscher Frauenrat, Zentralrat der Juden, Evangelische Kirche und Forum gegen Rassismus) erstellt wurde, insgesamt nur 21 Musterprojekte und drei Großprojekte. Dazu zählen zum Beispiel eine Studie über Wissenschaftlerinnen mit Migrationshintergrund, eine Studie zur Chancengleichheit in der gesundheitlichen Versorgung sowie ein Dokumentarfilm über die speziellen Bedürfnisse sehbehinderter Kinder. Auch

*** Die Fäden nicht aus der Hand geben und weiterhin mitmischen, mitmachen, mitreden.**

Ein Blick aus europäischer Sicht

sonst ist die geforderte Einbindung der Zivilgesellschaft in Deutschland nicht überzeugend. Anders, als in den Vorgaben der EU zur Vorbereitung des Jahres der Chancengleichheit für alle vorgesehen, gab es in Deutschland nur eine Sitzung des Beirates. Darin wurden weder die Strategie für die Durchführung des Jahres, noch die Projektliste besprochen, obwohl die EU-Dokumente eine *enge Zusammenarbeit von staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft* bei der Vorbereitung und Durchführung des Jahres einfordern. Selbst so einfache Dinge wie eine offizielle Homepage zum Jahr der Chancengleichheit sucht man in Deutschland vergeblich. Anders hingegen in unserem Nachbarland Österreich: Unter www.chancen-gleichheit.at, einer Unterseite des Ministeriums für Arbeit und Soziales, findet man einen Veranstaltungskalender sowie Informationen über die *europäische Idee* hinter dem Jahr der Chancengleichheit. Zudem findet man Links zu Organisationen und Verbänden, die sich mit dem Thema befassen. Erfreulich für Brandenburg ist zumindest, dass es einigen engagierten VertreterInnen der Landesregierung gelungen ist, eine der drei Großkonferenzen im Rahmen des Jahres nach Brandenburg zu holen.

Ansonsten fällt auch in Brandenburg eher die Zurückhaltung der Spitze der Landesregierung zum Jahr der Chancengleichheit auf. Es gab weder eine Auftaktveranstaltung, noch Informationsbroschüren. Bisher ist auch nicht bekannt geworden, dass der Ministerpräsident in seinen politischen Reden auf die Bedeutung des Jahres eingegangen ist. Ich habe mich daher in einem Brief an Herrn Platzeck gewendet, in dem ich ihn auffordere, dieses Jahr auch in Brandenburg endlich zu nutzen. Insbesondere im Bereich der Information und der Unterstützung von Opfern muss mehr getan werden. Es muss eine eigene Beratungsstruktur geschaffen werden. Denn die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist zum einen bis dato nicht viel mehr als eine Briefkastenadresse. Doch selbst, wenn sie effektiv arbeiten würde, ist es utopisch zu glauben, dass in

Deutschland mit mehr als 80 Millionen Einwohnern eine einzige Stelle, Opfern von Diskriminierung eine effektive Unterstützung ermöglichen kann. Die Richtlinien schreiben zwar keine genaue Zahl vor, sondern lassen den Mitgliedstaaten aufgrund deren unterschiedlicher Struktur einen gewissen Spielraum. Aber an eine Stelle hatten wir bei der Formulierung der Gesetzestexte in Brüssel nun wirklich nicht gedacht. Eher an Zahlen wie in den Niederlanden. Dort gibt es bei 16 Millionen Einwohnern um die 30 Antidiskriminierungsbüros. Es ist daher unabdingbar, dass auch auf Landesebene über die Einrichtung von einer oder mehreren Antidiskriminierungsstellen nachgedacht wird.

Auch wenn die Frauenbeauftragte Frau Ziegler, der Behindertenbeauftragte Herr Kluge sowie die neue Integrationsbeauftragte Frau Weiss in ihren Bereichen hervorragende Arbeit leisten, können sie die in den Richtlinien geforderte Aufgabe, Beschwerden wegen Diskriminierung nachzugehen, nur schultern, wenn sie zusätzliche finanzielle und personelle Kapazitäten zur Verfügung gestellt bekommen. In anderen Bundesländern gibt es bereits Pläne, in Anlehnung an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch auf Landesebene eine merkmalsübergreifende Antidiskriminierungsstelle, im Charakter einer Ombudsstelle, einzurichten. Eine solche Stelle, die auch öffentlichkeitswirksam arbeitet, könnte wie die Bundesstelle in enger Kooperation mit den für spezifische Merkmale zuständigen Beauftragten und der ministerialen Koordinierungsstelle zusammenarbeiten. Es bietet sich auch an, auf die Erfahrungen und Kontakte der entsprechenden Organisationen oder Vereine der Zivilgesellschaft aufzubauen und diese finanziell dabei zu unterstützen, dass sie Opfern Beratung und Hilfe bieten. Ohne eine effektive Unterstützung von Diskriminierungsopfern vor Ort wird das Recht auf Gleichbehandlung nicht umsetzbar sein.

Ich hoffe sehr, dass wir die verbleibenden Monate nutzen. Noch ist es nicht zu spät, dass Brandenburg die Möglichkeiten nutzt, die das Europäische Jahr der Chancengleichheit bietet.

Mädchen- und Frauenpolitik – Realitäten, Ansprüche und Veränderungsmöglichkeiten

Brunhilde Raiser

Danke für die Einladung, ich bin sehr gerne gekommen. Auch wenn die Aufgabe des Deutschen Frauenrates eher Bundespolitik als Landespolitik ist, sich beides aber aufeinander bezieht und auch ergänzen muss. Das diesjährige Jahr der Chancengleichheit hat eigentlich noch einen Zusatz. Es heißt Jahr der Chancengleichheit für alle. Das bedeutet für uns als Frauen, dass wir die Chance haben, Gleichberechtigung nicht nur aufgrund des Geschlechtes in den Blick zu nehmen sondern die Vielfachdiskriminierung von Frauen beispielsweise aufgrund des Alters, aufgrund der Herkunft oder aufgrund von Behinderungen in den Blick zu bekommen und aufgrund der Chancengleichheit für alle zu sagen: Das alles muss verwirklicht werden. Frauen haben da oft besondere Ansatzpunkte, weil sie mehrfach betroffen sind. Chancengleichheit ist in meinen Augen leider immer noch ein Zauberwort, allerdings eines mit begrenztem Erfolg. Das Machtwort, von dem Sie in Ihrem Titel sprechen, wird aus meiner Sicht nach wie vor nicht kräftig genug gesprochen und schon gar nicht gleich und schon gar nicht sofort. Wenn ich heute zu dem Thema Chancengleichheit – Gleichberechtigung spreche, dann sage ich: Chancengleichheit ist die Voraussetzung für realisierte Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen und ich sage das eher aus dem Blick von Bundespolitik und aus meiner eigenen Biografie, die eine westdeutsche Biografie ist. Ich möchte das hier in diesem Kontext ganz bewusst sagen, weil ich manchmal nicht die Realitäten, die Sie hier haben, in den Blick nehmen kann. Aber vielleicht können Sie sich vorstellen, eine westdeutsche Frau mit drei erwachsenen Söhnen kennt den Begriff *Rabenmutter* extrem gut. Und noch dazu eine Frau, die aus einem kirchlichen Hintergrund kommt, kennt ihn erst recht, und nicht nur seit den letzten zehn Tagen. Das Wortspiel, das Ihr Titel ermöglicht, ist deshalb so wichtig, weil es den Begriff des wirklichen Tuns aber auch den Begriff der Macht enthält. Denn ohne Macht,



Brunhilde Raiser, Jahrgang 1953, ist Lehrerin für Deutsch und Religion. Sie arbeitet als ehrenamtliche Vorsitzende des Deutschen Frauenrates und der Evangelischen Frauenhilfe in Deutschland, sowie als ehrenamtliches Präsidiumsmitglied der evangelischen Frauenarbeit. Sie ist verheiratet und hat drei erwachsene Söhne.

Macht derer, die etwas verändern wollen und Macht derer, die gleiche Chancen brauchen, wird sich nichts verändern, wird es keine Teilhabe geben an wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen Positionen und an allen Ressourcen. Und wird es nicht die Möglichkeit geben, dass alle Frauen und Männer, egal, unter welchen Bedingungen sie leben, auch mit ihren Möglichkeiten zum Tragen kommen. Macht tut etwas, so wie Sie heute, und das ist gut. Ich will den Blick von Brandenburg nach New York richten. Zeitgleich zu uns tagt die UN-Frauenrechtskommission (Commission of the Status of Women). Sie tagt zum Thema *Beseitigung von ethnischer Diskriminierung und Gewalt gegen Mädchen*. Mädchen in den Blick zu nehmen, statt von Kindern und Jugendlichen zu sprechen, ist bereits eine politische Aussage und ist bereits politisches Handeln. Ich wünschte, dass künftig, wo immer es sich ereignet und wo immer es möglich ist, nicht einfach von Kindern zu reden ist. Es gibt Jungen und es gibt Mädchen, und es gibt junge

Mädchen- und Frauenpolitik

Frauen und junge Männer, so wie es dann auch Männer und Frauen gibt. Es ist absolut wichtig, dass wir das deutlich sagen. Es ist die gesellschaftliche Vorbedingung dafür, dass es uns gelingt, eine Mädchen- und Jungenpolitik zu implantieren und mit dieser und bei dieser auch das Prinzip des Gender-Mainstreaming von Anfang an anzuwenden, so dass entweder Ungleichgewichte verringert werden oder erst gar nicht entstehen. Aber nur, wenn wir uns klarmachen, dass Jungen und Mädchen ja tatsächlich anders behandelt werden, nur dann kommen wir überhaupt auf die *geheimen Spuren* dessen, was sich ja in unserer Gesellschaft weiterentwickelt, sich ungeschützt oder unbeschränkt weiterentfalten kann. Und so wie es eine Mädchen- und Jungenpolitik gibt, braucht es eine Frauen- und Gleichstellungspolitik. Frau Ministerin, ich widerspreche Ihnen an einer Stelle sehr bewusst, denn das ist auch meine Aufgabe, darauf Bezug zu nehmen: Ich sehe nicht, dass Frauenpolitik ein *Unterbereich* der Familienpolitik ist. Aber ich sehe, dass Familienpolitik Gleichstellungspolitik sein muss. Das halte ich für absolut bedeutsam. Jedoch Frauenpolitik in der Familienpolitik zu verankern, ist eine absolute Katastrophe, wie wir sie bundesweit sehr deutlich erleben, und nicht erst seit dieser Legislaturperiode. Weil das nämlich bedeutet, dass Frauen regradiert, wieder über die Familie bestimmt werden und das ist die eigentliche Katastrophe. Natürlich haben Frauen, so wie Männer, etwas mit Familie zu tun, und deswegen gehören die Gleichstellungsaspekte in die Familienpolitik. Aber Frauenpolitik ist ein eigener Bereich, so lange wir immer noch die von Ihnen benannten Ungleichgewichte in der Wirklichkeit haben, egal, auf welchem Feld sie bestehen. Deshalb braucht es Frauen- und Gleichstellungspolitik und wir wollen darauf bestehen, wo immer es möglich

ist, dass tatsächlich von Frauenministerien geredet wird. Und ich bin höchst überrascht und hocherfreut, dass vor wenigen Tagen die Bundeskanzlerin tatsächlich in der Öffentlichkeit von ihrer Zeit als Frauenministerin gesprochen hat in einer sehr bemerkenswerten frauenpolitischen Rede. So dass ich denke, das ist wirklich ein Punkt zu sagen, es gibt ein Ministerium für Frauen, für Jugend, für Senioren und für Familie, aber es ist nicht einfach alles unter Familie zu packen. Selbst auch Maßnahmen gegen Gewalt, gegen Rechtsradikale und ähnliches. Die Frauen- und Gleichstellungspolitik hat dann die Chance, wenn sie eine eigenständige ist, wirklich in die anderen Politikfelder hineinzuwirken. Ich finde es interessant, und ich finde es hocherfreulich, dass vielleicht doch anlässlich des Jahres der Chancengleichheit für alle und der EU-Ratspräsidentschaft, die wir zur Zeit haben, Frau Merkel eben in dieser Rede, auf Artikel 3 des Grundgesetzes hingewiesen und daraufhin bemerkt hat, dass 45 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes eine Realitätsbetrachtung stattgefunden hat, die dazu geführt hat, dass der Staat verpflichtet ist, aktiv auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken und aktiv die Durchsetzung der Gleichberechtigung zu fördern. Das bedeutet, dass es eine Realität ist, die sich nicht durch das Fehlen von Diskriminierungen auszeichnet. Diese aktive Politik, ich zitiere Frau Merkel, versteht sie als programmatisches *Staatsziel*. Ich finde, das ist eine öffentliche Aussage, ich finde, daran sollen wir sie auch festmachen, daran sollen wir uns auch festhalten, das ist genau die Chance, mit der wir umgehen müssen. Denn, wir brauchen zum einen wirklich die Staatsziele, wir brauchen die gesetzlichen Regelungen, die Rahmenbedingungen. Aber wir brauchen zum anderen über die Frauen- und Gleichstellungspolitik hinaus auch eine erneut angeschobene Diskussion der

*** Chancengerechtigkeit beginnt in mir.
Recht und Gerechtigkeit zu nutzen und zu gestalten, wird
dann zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe.**

Mädchen- und Frauenpolitik

Rollenbilder. Das ist nicht erst seit den letzten zwei Wochen so, seitdem es erneut um Kinderbetreuungsplätze bzw. die Reaktionen mancher kirchlicher Würdenträger geht, mit denen ich auch zu tun hatte, sondern sie ist insgesamt überhaupt nicht ausgestanden, die gesamte Rollenbilddiskussion. Ich selbst habe den Eindruck, wir sind heute wieder 20 bis 40 Jahre zurück und sind an manchen Stellen an der gleichen Diskussion und selbst sehr wohlmeinende Gesprächspartner und –partnerinnen, stellen, wenn sie das Thema Kinderbetreuung haben, sofort die Frage: Ja wie lässt sich denn das für Frauen und Mädchen verwirklichen, wo sind da die Probleme. Und mein erster Eingriff ist, immer zu sagen: Hier geht es nicht vorrangig um Frauen und Mädchen, hier geht es um Eltern oder um

sen bereit sein, sonst klappt das nämlich nicht. Deswegen ist Frauenpolitik und Rollenbilderpolitik eine Daueraufgabe für alle Bereiche der Politik. Noch einmal zurück zur Frauenrechtskommission. Im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland wird dort darüber gesprochen, dass weltweit für Mädchen der Zugang zur Bildung sehr viel schlechter und sehr viel begrenzter ist. Für die Bundesrepublik trifft das bei Weitem nicht zu, wir haben zur Zeit die bestausgebildeten Frauen- und Mädchengenerationen. Frau Ministerin hat ja vorhin schon gesagt, die Mädchen überholen zum Teil längst die Jungen oder die jungen Männer. Das kann einerseits problematisch sein, aber auf der anderen Seite wäre es auch gut, das wenigstens wahr zu nehmen. Das Problem ist, es gibt wirklich sehr weni-

*** Im eigenen Umfeld dafür zu sorgen, dass Chancengleichheit für Männer und Frauen selbstverständlich werden kann.**

Elternteile. Und in dem Moment, in dem wir die Kinderbetreuung sofort auf Frauen und Mädchen oder junge Frauen schieben, haben wir schon ein Stück Diskriminierung selbst vollzogen. Und ich finde es sehr schwierig, das in die Köpfe von Gesprächspartnern und –partnerinnen zu bringen. Insgesamt, wie gesagt, ist festzustellen, dass es eine Retraditionierung der Rollenbilder gibt, z. T. auf internationaler Ebene. Dort auch kombiniert mit anderen Kulturauffassungen und z. T. eingeschränkten und sehr engen Religionsverständnissen. Ich bin selbst eine Theologin, also ich darf diese Kritik jetzt auch anbringen, dieses erfahren wir auch im eigenen christlichen Bereich, und da müssen wir sehr kritisch mit umgehen. Zu dieser Veränderung des gesellschaftlichen Denkens der Rolle gehört selbstverständlich eine Veränderung der Rolle der Männer. Das ist nicht auszuschließen und wenn eine Gesellschaft sich verändert, müssen sich alle Beteiligten verändern. Das ist ja eigentlich auch der Schlüssel bei der Integration. Nicht die einen sollen sich integrieren, sondern die anderen müs-

ge Auswirkungen positiver Art, gerade im Berufsleben und es gibt erste Untersuchungen, ich mache Sie darauf aufmerksam, ich habe 15 Hefte der neuesten Ausgabe der Frauenratszeitschrift mitgebracht, die behandelt das Thema *Mädchen*, u.a. werden auch darin Untersuchungen erwähnt, dass die Tatsache, dass sich das nicht im Beruf auswirkt, nicht nur mit den verfestigten Rollenbildern, dem verfestigten Wirtschaftsdenken zusammenhängt, sondern auch mit einem sogenannten heimlichen Lehrplan. Wobei der heimliche Lehrplan bedeutet, dass geringere Erwartungen an Mädchen gestellt werden, diese geringeren Erwartungen von Mädchen internalisiert werden und sie dann in der Durchsetzungsfähigkeit begrenzt sind. Und genau diese braucht es dann im Berufsleben. Also, das ist so ein Ansatz und der heimliche Lehrplan enthält auch, dass sowohl Unterrichtende, und zwar Frauen wie Männer, wie die Eltern, wie die Gesellschaft, bestimmte Erwartungen haben, welche Berufe ergriffen werden, und das sind nun ausgerechnet die Berufe, die zum Teil Sack-

Mädchen- und Frauenpolitik

gassenberufe bzw. schlecht bezahlte Berufe sind, wie der gesamte Dienstleistungs- und ich sag' jetzt auch noch mal Pflegebereich. Das bedeutet, hier müssen die politischen Anstrengungen hingehen. Nicht, dass Mädchen nicht in diese Berufe gehen, sondern dass diese Berufe vernünftig bezahlt werden, auch das gehört zur Gleichbezahlung, zu equal pay, nicht nur gleiche Bezahlung innerhalb einer Branche sondern gleiche Bezahlung innerhalb der Bereiche und dass gleichermaßen Anstrengungen gemacht werden, dass Jungen und Männer in die sogenannten Frauen- oder weichen Berufe gehen und nicht nur die Anstrengungen, dass Mädchen in die Männerberufe gehen. Auch das ist richtig und wichtig, aber es macht nur Sinn im Austausch. Es gibt da bereits Ansätze, Sie haben ja gesagt, Sie haben so Ansätze im Blick, nämlich Gender-training in der Elternarbeit und für Lehrerinnen und Lehrer, das finde ich einen ziemlich interessanten Ansatz. Die gleiche Bezahlung ist ein ganz gravierender Punkt, sie ist nämlich nicht nur, wie gesagt, innerhalb der Branchen wichtig,

sondern sie ist auch wichtig innerhalb der unterschiedlichen Berufsfelder. Warum ist der körperlich anstrengende Beruf eines Maurers grundsätzlich besser bezahlt als der ebenso anstrengende Beruf einer Kranken- oder Altenpflegerin? Das sind kräftemäßig die gleichen Anforderungen. Und hier fehlen eigentlich die politischen Stoßrichtungen. Da muss etwas passieren, sowohl im eigentlichen Tarifbereich wie auch in den gesellschaftlichen Vorgaben. Zum Weiteren, das habe ich u. a. auch für Brandenburg recherchiert, ist nach wie vor ein *Stürzen* junger Frauen und Mädchen in die typischen Berufsfelder auffällig, es fehlen ihnen aber auch die entsprechenden Vorbilder. Es gibt allerdings eine interessante Untersuchung, dass nach bestimmten Fernsehserien, wenn dort entsprechende Berufsbilder vorkommen, sich die Berufswünsche von Mädchen verändern. Ich denke, es wäre sehr wichtig, dass wir in diesem Feld aber auch auf die gesamte Medienarbeit Einfluss nehmen. Beispielsweise, aber das ist fast schon kurios, wurde festgestellt, dass durch viele Serien,



Mädchen- und Frauenpolitik

in denen junge Frauen als Pathologinnen arbeiten, es aktuell tatsächlich einen Ansturm auf die forensische Medizin gibt. Equal pay hatte ich bereits erwähnt als eine der wichtigsten Voraussetzungen. Denken wir daran, vor 50 Jahren, bei den Römischen Verträgen, wurde die gleiche Bezahlung für Frauen und Männer gefordert, aber nicht, weil Frauen so wichtig waren, sondern weil die geringeren Löhne von Frauen die Löhne von Männern hätten gefährden können. Wir müssen jetzt aufpassen, wenn es darum geht, dass Frauen wichtig sind für die Wirtschaft, dass uns nicht das Gleiche passiert. Ich finde es ja gut, dass gesehen wird, dass sie wichtig sind, wir sollten das auch nutzen, aber welche Botschaft senden wir? Sie sind wichtig für die Wirtschaft, sie sind angeblich wichtig, um Kinder auf die Welt zu bringen, aber sie sollten vor allem erst mal wichtig sein für sich selbst. Und sie sollten für sich selbst nicht nur die Pflicht haben, oder wenn es denn sein muss erwerbstätig zu sein, sondern tatsächlich auch das Recht dazu haben. Ich denke, wir müssen mit der Diskussi-

on um die Wahlfreiheit eine sehr schwierige Diskussion führen, denn Wahlfreiheit muss wirklich heißen, Möglichkeiten zu eröffnen, aber alle Maßnahmen müssen auch getroffen werden im Bereich von Kinderbetreuung und individueller Unterstützung von Familien und in diesem Falle, oft auch von Frauen, so dass sich die Maßnahmen nicht gegenseitig aushebeln. Die Diskussion in der Gesellschaft, was für Kinder – Mädchen und Jungen - Männer und Frauen, was für eine Gesellschaft gut ist, können wir uns nicht ersparen und ich denke, da haben tatsächlich Länder wie die ostdeutschen Länder oder wie Frankreich und ähnliche, auch gute Chancen zu sagen, wir haben gute Erfahrungen damit gemacht. Und ich finde es unsäglich, wenn in öffentlichen Fernsehdiskussionen gesagt wird, aber in Schweden und Frankreich sind doch aufgrund dieser Tatsache immer mehr *kaputte* Jugendliche anzutreffen.

Redaktionell bearbeiteter Redemitschnitt vom 1. März

Dialog „Macht Chancen gleich!“

Ministerin Dagmar Ziegler, Elisabeth Schroedter und Brunhilde Raiser im Gespräch

Im Mittelpunkt der halbstündigen Diskussion, in der die drei Rednerinnen im direkten Austausch mit den Teilnehmerinnen der Auftaktveranstaltung standen, wurden Aspekte der Frauen- und Gleichstellungspolitik und der Familienpolitik zum Teil kontrovers diskutiert. Die Integration des Themas Gleichstellung in alle Politikbereiche sei ein positives Ergebnis ihrer Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte des Landes, betonte Ministerin Ziegler. Brunhilde Raiser erklärte am Beispiel der Gesundheitsreform, dass nicht nur gesetzgeberische sondern auch Reformmaßnahmen dem Prinzip des Gender-Mainstreaming unterliegen. In der Realität wird dies nicht umgesetzt. Elisabeth Schroedter machte sich erneut stark für die

Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen auf Landesebene und verwies auf deren positive Wirkung bei der Veränderung des gesamtgesellschaftlichen Klimas.

Weitere Fragestellungen der Tagungsteilnehmerinnen bezogen sich u. a. auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Möglichkeiten der Wirtschaft, Chancengerechtigkeit zu unterstützen, die Anerkennung von Berufsabschlüssen von Spätaussiedlerinnen und Migrantinnen sowie auch die Benachteiligung von Frauen durch die Regelungen des ALG II.

Moderation: Sandra Wiescholke

World Café – Miteinander im Gespräch

Erwartungsvoll kamen die mehr als 120 TeilnehmerInnen nach der Mittagspause zurück in den großen Saal des Veranstaltungshauses *BlauArt*. Hier waren Tische und Stühle für die Arbeit in Kleingruppen zusammengestellt worden. Flipchartblätter, Filzstifte und kleine Teller mit Studentenfutter waren darauf verteilt.

Moderatorin Sandra Wiescholke erläuterte den TagungsteilnehmerInnen zu Beginn die Kommunikationsmethode *World Café*. In deren Mittelpunkt stand, bezogen auf das Motto der Brandenburgischen Frauenwoche, die Frage:

Was ist für Sie wichtig, um mehr Chancengerechtigkeit durchzusetzen?



In den Themenbereichen Gesundheit, Familie und Lebensformen, Selbstbestimmung und Mitbestimmung, Bildung und lebenslanges Lernen sowie ökonomische Unabhängigkeit sollte diese eine Fragestellung in mehrmals rotierenden Kleingruppen mit jeweils 8 bis 10 TeilnehmerInnen diskutiert werden.

Dabei war es wichtig, dieses eine Thema von verschiedenen Seiten und durch viele unterschiedliche Personen zu beleuchten. Jede Gesprächsrunde sollte die Ergebnisse ihrer jeweiligen etwa 20-minütigen Diskussion auf den bereit gelegten Bögen visualisieren.

Besonderheit dieser Art von Kommunikation: Eine Teilnehmerin der ersten Gesprächsrunden wurde zu Beginn des World Cafés als Gastgeberin benannt. Diese hatte dann die Aufgabe, der jeweils folgenden Runde an *ihrem* Tisch die wichtigsten Ideen und Erkenntnisse der vorangegangenen Diskussionsrunde zu erläutern und damit zu ermöglichen, anschließend vertiefend weiter zu debattieren.

Nach mehreren Rotationen fanden sich alle TeilnehmerInnen wieder im Plenum zusammen. Die GastgeberInnen präsentierten die Erkenntnisse zu ihrem jeweiligen Themenbereich und fassten die Ergebnisse in dieser Schlussrunde des World Cafés zusammen.



World Café – Miteinander im Gespräch

Gesundheit

An erster Stelle stand die Forderung, dass die ärztliche Versorgung für alle Menschen, egal ob sie in der Stadt oder im ländlichen Raum leben, und, auch unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, gleich sein müsse. Die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin und die Einführung von Unisex-Tarifen bei den Krankenkassen waren weitere wichtige Punkte. Um die Chancengerechtigkeit von Frauen im Gesundheitssystem zu verbessern, wurde die geschlechtersensible Behandlung, die auch Pflichtfach bei der Aus- und Weiterbildung von ÄrztInnen und Pflegepersonal sein müsse, angemahnt. Darin eingeschlossen ist, dass auf Grund der Tatsache, dass Medikamente bei Frauen anders wirken als bei Männern, Medikamentenverträglichkeit und -dosierung sowohl an männlichen und weiblichen Pro-

banden als auch Kindern untersucht und getestet werden muss. Speziell für die Frauengesundheit wurden kostenlose Vorsorgeuntersuchungen für jede Frau zur Brustkrebserkennung und die Verbesserung der geschlechtersensiblen Behandlung von Kreislauferkrankungen und Herzinfarkt gefordert. Was Frauen selbst tun können, ist, unterstützt durch allgemeine Aufklärung und Gesundheitserziehung, ein stärkeres Gesundheitsbewusstsein zu entwickeln und eigenverantwortlich dafür Sorge zu tragen, ihre Gesundheit zu pflegen und zu erhalten. Nicht zuletzt ging es um die Einrichtung einer unabhängigen Anlaufstelle für Beschwerden im Bereich der Gleichbehandlung. Aber auch die Abschaffung von unterschiedlichen Honorierungen von ÄrztInnen in Ost und West, als auch die bessere Bezahlung in Pflegeberufen, sollen mehr Chancengerechtigkeit ermöglichen.



World Café – Miteinander im Gespräch

Familie/Lebensformen

Das traditionelle Familien- und Rollenbild kollidiert mit der Lebenswirklichkeit von Mädchen und Frauen, Jungen und Männern. Die Vielfalt unterschiedlicher Lebensformen ist staatlich anzuerkennen. Über die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und (Wahl-) Familie ist eine breite gesellschaftliche Diskussion zu führen. Dabei braucht es für Eltern vor allem flexible Formen von Kinderbetreuung, die sich vorrangig nach deren Bedarf richten. Vor allem im ländlichen Raum sollte die Kinderbetreuung durch Tagesmütter und -väter ausgebaut werden. Außerdem ging es um die gerechte Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit außerhalb und innerhalb von Familien. Ein wichtiges Thema war die juristische Gleichstellung von Regenbogenfamilien. Darüber hinaus wurde die sofortige Abschaffung des Ehegattensplittings und der Zweitwohnungssteuer für Alleinerziehende und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften gefordert. Um Chancengerechtigkeit für Frauen zu ermöglichen, ist das Individualprinzip sowohl bei der Existenzsicherung als auch bei den Steuern durchzusetzen. Überdies wurde die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Themen häusliche Gewalt und Diskriminierung von Frauen mit Migrationshintergrund angesprochen.



Selbst- & Mitbestimmung

Konsens war, dass Selbst- und Mitbestimmung bei jeder und jedem selbst beginnt und Eigenverantwortung, die einen hohen Stellenwert auch in der Erziehung haben sollte, voraussetzt. Wenn jedoch Mädchenprojekte, Frauenzentren und -beratungsstellen etc. wegrationalisiert werden, werden gerade Mädchen und Frauen wichtige Orte für Selbst- und Mitbestimmung genommen. Der Erhaltung bestehender Angebote sowie deren nachhaltiger Sicherung kommt eine besondere Bedeutung zu. Um breite Mitbestimmung zu ermöglichen, braucht es dafür staatlich geförderte Strukturen und gesellschaftliche Wertschätzung beispielsweise für das Ehrenamt. Die Möglichkeit der eigenständigen Existenzsicherung ist eine der grundlegendsten Voraussetzungen für Selbst- und Mitbestimmung genau so wie die Bildung emotionaler, sozialer und fachlicher Kompetenzen. Gleichstellungspolitik muss, um Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, zur allgemeinen Pflichtaufgabe werden. Gender-Mainstreaming als durchgängiges Prinzip bei landes- und kommunalpolitischen Vorhaben erfordert immer wieder Zielvorgaben und Evaluation unter Beteiligung regionaler und landesweiter AkteurInnen. Ein gewünschtes Zeichen bzw. Signal wäre, dass der Ministerpräsident eine Vereinbarung mit der brandenburgischen Wirtschaft für eine chancengerechte und familienfreundliche Arbeitswelt schließt.



World Café – Miteinander im Gespräch

Bildung/Lebenslanges Lernen

Um in diesem Bereich Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, wurden gleiche Bildungschancen für alle - Mädchen und Jungen, Frauen und Männer, unabhängig vom sozialen Status oder vom Einkommen - gefordert. Bildung sollte als Menschenrecht für alle BürgerInnen in der Verfassung verankert werden. Der Staat ist für den Bildungsauftrag verantwortlich und hat ihm höchste Priorität beizumessen. Bei der Finanzierung gab es einerseits die Ansicht, dass in jedem Alter die Bildung kostenlos sein müsse als auch die Forderung, dass sich sowohl ArbeitgeberInnen als auch ArbeitnehmerInnen paritätisch an der Finanzierung von Aus- und Weiterbildung beteiligen sollen. Besonderes Augenmerk galt der frühen Förderung von Mädchen und Jungen,

aber auch der geschlechtssensiblen gewaltfreien Erziehung als Bildungsauftrag für Kitas und Schulen und in der Berufsausbildung. Außerdem sollten lebens- und berufspraktisches Lernen (ähnlich wie *Unterricht in der Produktion*) sowie frühe Berufsorientierung mit Vorbildwirkung - Stichwort: Patenbrigaden - feste Bestandteile schulischer Allgemeinbildung sein. Die Ausprägung sozialer Kompetenzen sowie das Erlernen von Selbst- und Mitbestimmung müssen vorrangige Aufgaben von Bildung sein, die darüber hinaus beauftragt wurde, keine klassischen Rollenbilder zu vermitteln. Auch der Einsatz von SozialarbeiterInnen an jeder Schule und ausreichende kostenfreie Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche standen auf dem umfangreichen Forderungskatalog der TeilnehmerInnen dieser Gesprächsrunden.

*** Ich nehme das world-café als Methode mit – gut für weibliche Kommunikation.**



World Café – Miteinander im Gespräch

Ökonomische Unabhängigkeit

An oberster Stelle steht die Forderung nach dem Recht auf ausreichend bezahlte Erwerbsarbeit für Frauen und Mütter, die ihre ökonomische Unabhängigkeit gewährleistet. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sowie die Forderung, mehr Frauen in Führungspositionen zu entsenden, sind Grundvoraussetzungen, um die Chancengerechtigkeit von Frauen zu ermöglichen. Als Chance der angstfreien Existenzsicherung für jede und jeden wird die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens angesehen, das sowohl die Risiken bei Erwerbslosigkeit oder Un-

fähigkeit als auch bei Krankheit oder im Alter minimiert. Speziell für die Verhinderung von Altersarmut bei Frauen ist Sorge zu tragen. Studiengebühren sind nicht zu erheben und Stipendien für alle Studierenden zu ermöglichen. Ein chancengleiches Bildungssystem soll, genau so wie die Schaffung von weiteren gesellschaftlichen Voraussetzungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gerade Frauen ermöglichen, ihre Chancen am Arbeitsmarkt gleichberechtigt wahrzunehmen. Existenzgründerinnen sind u. a. mit speziellen Beratungsangeboten, Finanzhilfen und Frauennetzwerken zu unterstützen.

*** Ich suche mir Verbündete für ein lange geplantes Projekt zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.***



Presse-Echo

Mit einer Rekordzahl von Veranstaltungen und Aktionen ist die 17. Brandenburgische Frauenwoche erfolgreich über die Bühne gegangen. In der Kernzeit vom 1. bis 11. März 2007 fanden über 350 Veranstaltungen und Aktionen im gesamten Land Brandenburg statt.

Die Palette der Themen umfasste dabei Schwerpunkte wie Gleichbehandlung per Gesetz, Auswirkungen europäischer Politik auf Mädchen und Frauen, eigenständige Existenzsicherung für Frauen, Familienpolitik kontra Frauenpolitik, Lebensentwürfe und Lebenswege von Mädchen und Frauen sowie die Partizipation von Mädchen und Frauen.

Vor dem Hintergrund des *Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle* wurde in zahlreichen Veranstaltungen zu den Themen Vielfalt, Chancengerechtigkeit und Diskriminierung diskutiert. Auch Landes- und KommunalpolitikerInnen nutzten die Gelegenheit, in kleinen und großen Gesprächsforen mit den TeilnehmerInnen spezielle Fragen zum Thema Chancengleichheit zu erörtern.

Die Veranstaltungen dienten dem Informationsaustausch und der Kommunikation ebenso wie dem Aufzeigen von Problemen in der Umsetzung von Gleichstellung im Alltag und im gesellschaftlichen Leben. Beteiligt waren ca. 20.000 Frauen aus allen Regionen Brandenburgs, Frauen aus unterschiedlichen sozialen Schichten, allen Altersgruppen und unterschiedlicher sexueller Orientierung, Schülerinnen und Seniorinnen, Politikerinnen der kommunalen, Landes- und Bundesebene, Migrantinnen, Spätaussiedlerinnen, Frauen mit Behinderungen, wendische und polnische Frauen und Frauen anderer Kulturkreise.

„Brauchen starke Frauen Gott?“

Ein Salonabend über weibliche Kraftquellen in Cottbus



Fünf Frauen – fünf Stile

Ausstellungseröffnung: Das Oftermuseum zeigt mit „Veltener Weiber-Kurort“ Malerei und Keramik



Männer, bitte ändern

Aufbruchstimmung zum Start der Frauenwoche im Kreis

Der Kreisrat hat am Freitagabend im Kreisratssaal eine Auftaktveranstaltung für die 17. Brandenburgische Frauenwoche im Kreis Vorpommern-Greifswald durchgeführt. Die Veranstaltung wurde von der Kreisrätin, Ulrike Kretschmer, eröffnet. Sie begrüßte die Teilnehmerinnen und betonte die Bedeutung der Frauenwoche für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Landkreis. Die Veranstaltung wurde von ca. 100 Frauen besucht.

Familien müssen sich wohl fühlen

In Abwesenheit der Sozialministerin lokales Bündnis für Familien gegründet

Die Familienverbände im Landkreis Vorpommern-Greifswald haben ein lokales Bündnis für Familien gegründet. Das Bündnis soll die Interessen der Familien im Landkreis vertreten und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Familienverbänden fördern. Die Gründung des Bündnisses wurde von der Kreisrätin, Ulrike Kretschmer, unterstützt. Das Bündnis wird von den Familienverbänden im Landkreis geleitet.

Einblicke in enttäuschte Seelen

„Tausche Dasein – suche Leben“ im JFZ

Die Teilnehmerinnen der 17. Brandenburgischen Frauenwoche haben in der Kernzeit vom 1. bis 11. März 2007 über 350 Veranstaltungen und Aktionen im gesamten Land Brandenburg stattgefunden. Die Veranstaltungen umfassten Themen wie Gleichbehandlung per Gesetz, Auswirkungen europäischer Politik auf Mädchen und Frauen, eigenständige Existenzsicherung für Frauen, Familienpolitik kontra Frauenpolitik, Lebensentwürfe und Lebenswege von Mädchen und Frauen sowie die Partizipation von Mädchen und Frauen.

14.3.07
Tagung zur Ausbildung junger Mütter
 WILDAU • Innerhalb der Frauenwoche lädt der Landesverband gemeinsam mit der Zeuthener Akademie für Weiterbildung zu einer landesweiten Fachtagung unter dem Titel „Ausbildung junger Mütter“ ein.



05.03.2007

Lausitzer Rundschau

Senftenberg

Elbe-Elster-Rundschau

MAZ
10.11.3.07

Hilfe für junge Mütter

KÖNIGS WUSTERHAUSEN ■ In die Ausbildung von jungen Müttern muss das Brandenburgische Sozialministerium mehr investieren.



POTSDAM

„Feminismus“ war einmal

Blumen und Reden zum Frauentag / Stadtwerke spendeten für Frauenzentrum

Von FREDERIE VON HARBOW UND HELLE DITFELD

Nach immer verdienenden Frauen in Deutschland 20 Prozent weniger Geld als ihre männlichen Kollegen - für die gleichberechtigte Zusammenarbeit...



Kate-Jagge Schürberg verteilte im Haus 'Nicolai-Center' Blumen zum Frauentag.

NACHRICHTEN

Regional Rundschau vom 19. April 2007

Was will ich und was kann ich?

Mädchen diskutierten über ihre berufliche Zukunft

Teilw. Dass die Berufswahl heute noch wie vor eine große Herausforderung ist und deshalb nicht immer der direkte Weg zum 'Traumberuf' führt, war auch kürzlich bei einer Podiumsdiskussion im Teltower Bürgerhaus zu erfahren. Die MädchenZukunftswerkstatt...



Es muss nicht immer im Feiernaleen enden: In jungen Frauen über ihre Zukunft in technischen Berufen.

Möchte. Mit ihren 26 Jahren hat sie sich jetzt entschlossen, ein Studium zu beginnen und nach der Arbeit führt sie drei bis vier Mal die Woche abends nach Potsdam an die Uni. Ganz anders war das bei...

Von Nofretete bis Merke

Frauenwoche im Landkreis Potsdam-Mittelmark mit Vernissage etc

MAMMY MAMMIDOW

KLEINMAGNOW ■ Nachdem die diesjährige Brandenburgische Frauenwoche unter dem Motto 'Macht Chancen gleich' bereits am 1. März in Potsdam eröffnet wurde, gab es am Samstag im gut gefüllten Rathaus Kleinmagnow...



eller für eine untypische Veranstaltung mit der Seite von 'Frauenwelt'...

Und plötzlich auf der Straße

Die Journalistin Katrin Panier zeigt in ihrem Buch 'Die dritte Haut' viele Facetten der Obdachlosigkeit



Katrin Panier bei einem Interview.

Wohin führt das Leben? Die Obdachlosigkeit ist ein Thema, das in der Obdachlosenpolitik...



Katrin Panier, die Autorin des Buches 'Die dritte Haut'.

Ausgewählte Beiträge weiterer Veranstaltungen

Sabine Hiekel

22 Veranstaltungen mit 2.252 Gästen in Cottbus

In Cottbus ist es seit 1993 Tradition, dass Frauen aus den unterschiedlichsten Frauenvereinen, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Institutionen und Einrichtungen der Stadt unter Koordination der Gleichstellungsbeauftragten ein gemeinsames Programm erarbeiten. Dank dieses - überwiegend ehrenamtlich tätigen - Gremiums konnten zur 17. Brandenburgischen Frauenwoche insgesamt 22 Veranstaltungen angeboten werden.

Besonders stark frequentiert waren z.B. das Frauenfrühstückstreffen am 24. März mit ca. 330 TeilnehmerInnen, der ökumenische Gottesdienst zum Weltgebetstag mit ca. 220 Teilnehmenden, die Eröffnungsveranstaltung am 5. März mit ca. 110 Gästen, die musikalische Lesung mit Katrin Sass *Das Glück wird niemals alt* mit 221 Besucherinnen und Besuchern oder auch die Lesung mit Marianne Krüll zu ihrem neuen Buch *Die Mutter in mir* mit 73 Teilnehmenden.

Besonderer Höhepunkt in Cottbus war die Eröffnung der 17. Brandenburgischen Frauenwoche durch die Schirmfrau der Cottbuser Frauenwoche, Frau Dr. Martina Münch – Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete der SPD, mit der Ausstellung *Vorsicht Frau*. Die Ausstellung mit dem provokanten Namen entstand als Gemeinschaftsprojekt der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Cottbus sowie der Kunstfabrik Cottbus. Ziel war es, engagierte, selbstbewusste und starke Cottbuserinnen, die z. T. durch ihr Wirken das Bild unserer Stadt entscheidend mitgeprägt haben, darzustellen und somit ihre Leistungen bewusst zu machen und für die Zukunft zu bewahren. Die Ausstellung, die als Wanderausstellung konzipiert wurde, wird

auch in den Räumlichkeiten der SPD – Fraktion des Landtages Brandenburg präsentiert.

Interessant ist, dass die jüngste Teilnehmerin der Frauenwoche erst 9 Jahre alt war und gemeinsam mit ihren Großeltern eine Veranstaltung besuchte. Wie in den Jahren zuvor nahmen ca. 15% Männer an allen Angeboten teil. Und deren Teilnahme beschränkte sich nicht nur auf kulturelle Darbietungen. So nahmen Männer z.B. auch an Diskussionsrunden zu solchen Themen wie *Genitalverstümmelung von Frauen in Afrika* oder auch *Wendische Frauen – wendische Männer* teil.

Da einige Angebote bereits im Vorfeld sehr stark nachgefragt waren (Frauenfrühstückstreffen, Lesung *Guten Morgen Du Schöne*, Salonabend *Brauchen starke Frauen Gott?*) und gleichzeitig einer beschränkten räumlichen Platzkapazität unterlagen, einigten sich die Organisatorinnen in Auswertung der Frauenwoche darauf, diese Veranstaltungen noch einmal im Herbst diesen Jahres zu wiederholen.

Birgit Uhlworm

Fachtagung Ausbildung für junge Mütter

Am 16. März 2007 fand im Technologie- und Gründerzentrum Wildau die landesweite Fachtagung unter dem Titel *Ausbildung für junge Mütter* statt.

Eingeladen hatte der SHIA-Landesverband Brandenburg e. V. in Zusammenarbeit mit der Zeuthener Akademie für Weiterbildung und dem bbw Bildungszentrum Frankfurt (Oder). Ca. 60 Interessierte aus ganz Brandenburg waren der Einladung gefolgt.

Nach der Begrüßung durch die SHIA-Geschäftsführerin, den TGZ-Geschäftsführer und die Amtsleiterin für Jugend, Sport und Freizeit des Landkreises sprach Wolf-Rüdiger Kuhn, Ge-

*** Ich nehme mit, dass mit Powerfrauen Frauenrechte zu stärken sind.**

Ausgewählte Beiträge weiterer Veranstaltungen



schäftsführer der Arbeitsgemeinschaft zur Grund-
sicherung - ARGE - Dahme-Spreewald, über die
Chancen und Herausforderungen, die ein sol-
ches Projekt an die ARGE stellt. Er machte auf
die besondere Situation der jungen Mütter auf-
merksam, hob die Bedeutung vernetzten Arbei-
tens aller Beteiligten hervor und verwies auf die
Priorität der Frage: Was wird nach der Ausbil-
dung?

Bbw-Projektleiterin Astrid Haag, bbw-Ge-
schäftsführer Fritz Georgi und Cindy Neumann,
die erfolgreich ihre Ausbildung abgeschlossen
hat, berichteten über das seit März 2005 am
bbw Bildungszentrum Frankfurt (Oder) laufende
Ausbildungsprojekt. Alle Erwartungen in das
Projekt konnten erfüllt werden, wie z.B. die
80%ige Quote beim IHK-Abschluß (erreicht wur-
den 87%) und die 50%ige Quote bei der Über-
nahme in ein sozialversicherungspflichtiges Be-
schäftigungsverhältnis.

Frau Scholz, ZAK-Geschäftsführerin, stellte erste
Erfahrungen des Ausbildungsprojektes in Wildau
vor, das im Oktober 2006 begann.

In den nachfolgenden Workshops ging es um die
Finanzierung der Ausbildungsprojekte, die sozi-
alpädagogische Begleitung der Projekte sowie
um die Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie
für die Auszubildenden.

Im Abschlussplenum konnte übereinstimmend
festgestellt werden, dass der Ausbildung von
jungen, meist alleinerziehenden Müttern eine
große Bedeutung zukommt, dass für sie zu-
kunftsfähige Ausbildungsberufe ausgewählt wer-
den sollten und dass stetige/nachhaltige Förder-
richtlinien solche Ausbildungsprojekte begünsti-
gen könnten.

Ein Landesprogramm für die Ausbildung von
Müttern und Vätern wäre das konsequente Er-
gebnis des als Maßnahme 49 im *Maßnahmepa-
ket für Familien- und Kinderfreundlichkeit* umge-
setzten Modellprojektes am bbw Bildungszen-
trum Frankfurt (Oder) - Erprobung maßgeschnei-
deter Teilzeitausbildung für junge Mütter - .

Gefördert wurde die Tagung durch das Ministeri-
um für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
des Landes Brandenburg, den Landkreis Dah-
me-Spreewald und die Stadt Königs Wusterhau-
sen.

Ines-Angelika Lübbecke

Drei Frauen – drei Biografien hieß eine kleine
gesonderte Eröffnungsveranstaltung für die Re-
gion Belzig unter dem Motto *Macht Chancen
gleich!*, in der drei Frauen, geboren bzw. aufge-
wachsen in der DDR, aus ihrem Leben erzählten.
Wer spannend aus seinem Leben zu berichten
weiß, kann sich einer interessierten Zuhörer-
schaft sicher sein und so war es auch hier. Da
war Brigitte Müller, heute 70 Jahre alt, die als
Flüchtlingskind nach Belzig kommt. Die Kraft der
*Mutter, die mit nichts kam als mit dem Leben
dreier Kinder*, prägt ihr Verantwortungsbewusst-
sein lebenslang. Eigentlich zur Rechtsanwalts-
und Notargehilfin ausgebildet, arbeitet sie in der
Landwirtschaft ihres Mannes. Als die LPGs ge-
gründet werden, wirkt sie als einzige Frau, von
den Kollegen geachtet, in der LPG Borne-Berg-

Ausgewählte Beiträge weiterer Veranstaltungen

holz als Hauptbuchhalterin, wo sie bis heute mit deren wendebedingter Liquidation beschäftigt ist. Sie sagte stets *wir* und *unser*, als handelte es sich um Privateigentum. Gemeint ist damit nicht Besitz, sondern Selbstverantwortung. Die Wende knickte auch die Biografie von Uta Hohlfeld aus Lütte. In der DDR eine erfolgreiche leitende Angestellte, die auch Mutter- und Hausfrauenpflichten als *selbstverständliche* Doppelbelastung gern in Kauf nimmt, später über Westfrauen lächelt, die als Beruf *Hausfrau und Mutter* angeben und ihnen inzwischen zustimmt. Nach harter Selbstständigenarbeit heute erwerbslos und ehrenamtlich parteipolitisch engagiert, bezeichnet Uta Hohlfeld ihr Leben heute als *Praktikum im einstigen Studienfach Politische Ökonomie des Kapitalismus* und ist dankbar für 30 Jahre DDR. Grit Kühne, alleinerziehende Mutter, ehrenamtlich in der Frauenarbeit tätig, zeigte sich dem Publikum als eine, die nach der Wende um ein Leben in Wahrhaftigkeit und Integrität bemüht ist, Schwierigkeiten hat, sich dieser Gesellschaft *anzudienen*.

Diese drei Biografien waren Zündstoff für das Frauenwochen-Motto *Macht Chancen gleich!* Herr Matthes aus Niemegekk kommentierte dazu: *Wir sind von Gleichberechtigung noch meilenweit entfernt, wenn ich es so höre!*

Ines-Angelika Lübbe, Petra Stiehl

Die Fachmesse Soziale Dienste im Fläming mit der Gründung des *Lokalen Bündnisses in Belgig* ist als ein markantes Ereignis der Brandenburgischen Frauenwoche zu sehen. Über 300 BesucherInnen nahmen dieses Angebot in Anspruch, nicht nur die Politprominenz aller Parteien und Frau Ziegler als Landesgleichstellungsbeauftragte und Ministerin.

Bessere Bedingungen für Familien zu schaffen, bestehende Angebote zu bündeln und publik zu machen, sowie neue Ideen zu entwickeln und zu verwirklichen, haben sich die Mitglieder des lokalen Bündnisses auf die Fahnen geschrieben. Hannelore Klabunde, amtierende Bürgermeiste-



rin sagte, dass mit der Gründung ein wichtiger Schritt vollzogen ist. *Doch um Menschen in der Gemeinde zu halten, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Die Gemeinde muss auf ein bestimmtes Budget zurückgreifen können, um auch in individuellen Fällen helfen zu können.*

Brigitte Thäle, Geschäftsführerin der AWO PM, sprach ebenfalls als Gründungsmitglied und Arbeitgeberin: *Die Betriebe müssen flexibler werden, sich auf die individuelle Situation der ArbeitnehmerInnen einstellen. Alle haben Familie. Wir stellen auch junge Mütter ein, bei uns müssen ArbeitnehmerInnen, die lange krank sind, keine Angst vor einer Kündigung haben. ArbeitgeberInnen tragen enorm große Verantwortung.*

Ministerin Dagmar Ziegler brach eine Lanze für die Senioren, meinte, man müsse lernen, generationsübergreifend zu leben und die Älteren stärker mit einzubeziehen. Damit traf sie bei Sieglinde Heppener vom Seniorenrat des Landes Brandenburg direkt ins Schwarze. *So ein Bündnis funktioniert nicht ohne die Senioren. Für Kinder ist der Kontakt zu älteren Menschen, die Lebenserfahrung und mehr Zeit haben, sehr wichtig.*

Ausgewählte Beiträge weiterer Veranstaltungen

Heiderose Gerber

Chancengerechtigkeit für Migrantinnen

Direkt am Internationalen Frauentag lud das Frauenzentrum Potsdam die Mädchen und Frauen der Landeshauptstadt traditionell zum großen Frauenfrühstück ein. Gekommen waren viele Potsdamer Bürgerinnen, unter ihnen nicht wenige mit Migrationshintergrund. Prof. Karin Weiss, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, wies in ihrer Ansprache sehr deutlich darauf hin, dass gerade in Brandenburg für die Integration von Frauen ausländischer Herkunft noch viel getan werden müsse. In der Öffentlichkeit existiere noch viel zu oft ein negatives Bild von den Zuwanderinnen; meistens werden diese einseitig als Opfer (von Zwangsprostitution oder Beschneidung) oder auch als *Täterin* wahrgenommen. Differenzierte Bilder von ihnen, als Frauen mit vielfältigen Ressourcen, wie beispielsweise im Bereich beruflicher Qualifikation, existieren im öffentlichen Bewusstsein hingegen so gut wie gar nicht. Unerträglich und diskriminierend seien auch die psychischen und finanziellen Abhängigkeitsverhältnisse, in denen sich viele als sogenannte *Putzfrauen*, nicht wenige von ihnen mit akademischer Ausbildung, in privaten Haushal-

unser Land, mitten im demografischen Wandel, beraubt sich selbst wertvoller Ressourcen.

Michaela Hänsel

(Frauen)Alltag im östlichsten deutschen Osten

Am 2. März stellte sich auf der Auftaktveranstaltung in Eisenhüttenstadt ein Studienprojekt des Instituts für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin vor. Frau Prof. Dr. Ute Mohrmann war nicht zum ersten Mal auf einer Frauentagsveranstaltung in Eisenhüttenstadt. Denn alles begann bereits in Vorbereitung des 50-jährigen Stadtjubiläums. Damals entstand die Ausstellung *Eisenhüttenstädter FrauenAlltag. Spuren gelebter Utopie?*. Diese erstmalige Aufarbeitung und die Präsentation der Eisenhüttenstädter Frauengeschichte von 1945 bis zum Jahre 2000 waren eine AB-Maßnahme. Schließlich entschloss sich ein Dozententeam um Frau Prof. Mohrmann das Studienprojekt *FrauenAlltag im östlichsten deutschen Osten* im Rahmen der ethnologischen Ausbildung an der HUB anzubieten. Seit dem Sommersemester 2006 wird vor Ort recherchiert. Der studentische Zugang ist ein Blick *von außen* auf die Stadt und ihre Menschen. Dieser Blick *von außen* unterscheidet sich deutlich vom Ansatz und der Methodik der ehemaligen Ausstellungsmacherinnen, denn diese waren selbst Eisenhüttenstädterinnen. Die unterschiedlichen Zugänge zum Thema, die Blicke *von innen und von außen*, also Nähe und Distanz, spiegeln sich in Fragestellungen und Ergebnissen. Gerade sie machen Vorgänger- und Nachfolgeprojekt im Vergleich so interessant. Darüber hinaus wurde (*F r a u e n*)Alltag im Projekttitle mit einer Klammer versehen. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die Studenten das Thema offen halten, es vor allem erweitert sehen auf die Lebenspraxen der Eisenhüttenstädterinnen und Eisenhüttenstädter unterschiedlichen Alters und Geschlechts. Folgerichtig sind ebenso Fragen nach dem BürgerInnenengagement sowie nach Identifikationen mit der



ten befinden. Frauen mit Migrationshintergrund erfahren somit eine doppelte Benachteiligung, die im Europäischen Jahr der Chancengleichheit verstärkt in den Blick genommen und bekämpft werden sollte. Denn nicht nur den betroffenen Frauen entgehen Entwicklungschancen sondern

Ausgewählte Beiträge weiterer Veranstaltungen

Stadt im Umbau und mit dem - die Kommune prägenden - Stahlwerk *Arcolor Eisenhüttenstadt*. Beide Veranstaltungen stießen bei den EisenhüttenstädterInnen auf reges Interesse und es entwickelten sich lebhaft Diskussionen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Studierenden. Insbesondere der Film von Johanna Ickert fand große Beachtung und regte zu einem intensiven Austausch an. Dabei wurde auch vieles durch die BesucherInnen kritisch hinterfragt und kontrovers diskutiert. Durch die TeilnehmerInnen der beiden Veranstaltungen wurde ange-regt, diesen Austausch weiter zu führen und die Ergebnisse des Studienprojektes noch breiteren Kreisen der Bürgerschaft Eisenhüttenstadts be-kannt zu machen, insbesondere auch Jugendlichen der Stadt. Es ist geplant, die Ergebnisse der studentischen Arbeit in Buchform (mit Film -CD) festzuhalten und diese zu veröffentlichen.

werkstatt im Teltower Bürgerhaus zu erfahren. Dazu eingeladen waren Ministerin Dagmar Ziegler und die Bundestagsabgeordnete Andrea Wicklein, die mit drei jungen Frauen ins Ge-spräch darüber kamen, was diese heute (beruf-lich) wollen und wohin sie gehen. Egal, ob vor 30 Jahren oder gegenwärtig, die inzwischen *ge-standenen* Frauen berichteten von den ersten Schritten ihres Berufsweges und stellten dabei übereinstimmend fest, dass der Weg zum Traumberuf davon abhängig ist, ob frau erkennt, welche Stärken sie hat. Genau das *erproben* die drei Jüngeren jetzt in ganz unterschiedlichen Be-reichen. Fazit des Abends war, dass Mädchen nicht früh genug anfangen können, sich mit ihrer beruflichen Zukunft zu befassen. Und das am besten durch Ausprobieren. Eine von den Dis-kussionsteilnehmerinnen erhielt den Anstoß, ein Studium in einer technischen Fachrichtung auf-

* Trotz Gegenwinds lasse ich mich nicht entmutigen.

Sonja Roque, Julia Tannert

Was will ich und was kann ich?

Dass die Berufswahl auch heute eine große Her-ausforderung ist und nicht immer der direkte Weg zum *Traumberuf* führt, war am 13. März auf der Podiumsdiskussion der Mädchenzukunftsw-

zuneehmen, beispielsweise über einen Schnup-perkurs für Mädchen an der Fachhochschule Wildau. In der Mädchenzukunftswerkstatt ist Un-terstützung beim Suchen nach dem passenden Beruf seit Jahren Inhalt von Projektarbeit, eben-so wie individuelle Hilfe beim Herausfinden von Stärken und dem Schreiben von Bewerbungen.



Macht Chancen gleich!

Ohne offensive Frauenpolitik bleibt Familienpolitik eine Eintagsfliege -

Das Motto der 17. Brandenburgischen Frauenwoche war ein nachdrücklicher Appell und ist weiterhin programmatisches Anliegen im diesjährigen *Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle*.

In den mehr als 350 Veranstaltungen und Aktionen in ganz Brandenburg wurden nicht nur während der Frauenwoche Möglichkeiten des Abbaus von Benachteiligungen reflektiert, sondern auch neue Ideen und Wege zur Verwirklichung von mehr Chancengerechtigkeit für Mädchen und Frauen entwickelt. Generell braucht Brandenburg eine offensive Frauenpolitik für *alle*. Denn die Debatten zur Chancengleichheit machen deutlich: Eine emanzipatorische Familienpolitik ist für die Gleichberechtigung und Chancengleichheit von und für Mädchen und Frauen unverzichtbar. Aber: Offensive und nachhaltige Mädchen- und Frauenpolitik ist nicht durch Familienpolitik ersetzbar!

Frauenpolitik enthält alle notwendigen politischen Handlungsstrategien, die eine tatsächliche Gleichberechtigung ermöglichen. Dies ist in Zeiten extrem auseinanderdriftender Lebens-

chancen, ungleicher Einkommensverhältnisse und Zugänge zu Ressourcen umso wichtiger.

Die Geschlechtszugehörigkeit ist immer noch das zentrale Kriterium, welches entscheidend dafür ist, wie viele Chancen, welche Macht, welche Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten Menschen zugestanden werden. Da das vorherrschende, kulturell männlich geprägte Normalitätsverständnis die Geschlechterhierarchie unverändert reproduziert, braucht es auch in Brandenburg Orte der *Gegenkultur* und weiblichen Eigensinns. Und: Ein zukunftsfähiges Brandenburg braucht Mädchen- und Frauenpolitik.

Mädchen und Frauen wollen keine Politik, die sie auf Rollen und Funktionen beschränkt, sondern politische Handlungsstrategien für mehr Chancengerechtigkeit für alle Frauen, unabhängig davon, ob sie Mütter, ob sie berufstätig oder beides sind. Das Entweder-Oder beschränkt sowohl die Sicht auf die Vielfalt weiblicher Lebensrealitäten als auch die Chancen, daran endlich etwas zum Positiven zu verändern.

*** Es gibt noch sehr viel zu tun, die Chancengleichheit im Land Brandenburg durchzusetzen.**



Dank

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Aktiven, den TeilnehmerInnen, Veranstalterinnen und KooperationspartnerInnen herzlich bedanken, die mit ihrem Engagement, mit Wort und Tat zum Gelingen der landesweiten Fachtagung sowie der zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der 17. Brandenburgischen Frauenwoche beigetragen haben.

Ebenso bedanken wir uns bei den UnterstützerInnen, die das Erscheinen der vorliegenden Dokumentation ermöglicht haben.

Wir hoffen, dass die hierin zusammengefassten, durch die TeilnehmerInnen erarbeiteten und formulierten Ergebnisse, Denkanstöße und Handlungsansätze von Politik und Gesellschaft aufgegriffen und damit weitere Schritte im Sinne der Chancengleichheit für Alle in die Realität umgesetzt werden.

Sprecherinnenrat
Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.
Beirat Brandenburgische Frauenwoche

IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Frauenpolitischem Rat Land Brandenburg e.V.
Heinrich-Mann-Allee 7, 14473 Potsdam
Fon 0331/280 35 81 · Fax 0331/24 00 72
Mail FrauPolRat@t-online.de
www.frauenrat-brandenburg.de

Redaktion:
Textur - Büro für Text und Kultur / textur-buero@web.de

Fotos:
Hannah Tröger, Simone Ahrend, Landesregierung, privat

Layout:
www.arnedesign.de / ines.arnemann@t-online.de

Druck:
Druckerei Feller, Teltow

Redaktionsschluss:
5.6.2007

Gefördert durch das
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
des Landes Brandenburg

**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**

